



VERHAFTET: Thailandische Polizisten führen eines der Crew-Mitglieder ab. Foto: dpa

35 Tonnen Waffen aus Nordkorea

BANGKOK. Thailands Behörden haben eine mysteriöse Waffenlieferung aus Nordkorea beschlagnahmt. Die 35 Tonnen Kriegsmaterial waren an Bord einer Frachtmaschine, die zum Auftanken in Bangkok gelandet war.

Die Crew, vier zwischen 52 und 58 Jahre alte Männer aus Kasachstan und ein Mann aus Weißrussland, wurden festgenommen. Ministerpräsident Abhisit Vejjajiva kündigte gestern Anklagen an: „Wir wissen noch nicht, ob es sich hier um terroristische Aktivitäten handelt.“ Vor Gericht müsse die Besatzung auf jeden Fall, weil sie die Fracht falsch deklariert habe. Zudem seien Waffentransporte durch Thailand verboten.

Die Frachtmaschine vom russischen Typ IL76 war in Georgien registriert und sollte nach ersten Erkenntnissen von Bangkok aus nach Colombo auf Sri Lanka weiterfliegen. Der Pilot bat in Bangkok um Landeerlaubnis zum Auftanken. Auf einen Tipp der amerikanischen Geheimdienste hin durchsuchten die thailändischen Behörden die Maschine.

Sie fanden an Bord nicht die deklarierten Maschinen für Ölbohrungen, sondern Waffen aus nordkoreanischer Produktion, darunter Luftabwehrraketen und Granatwerfer. „Es gab jede Menge Waffen wie etwa Panzerabwehrraketen, sonstige Raketen und anderes Kriegsgeschütz“, berichtete ein Regierungssprecher. Der Auftraggeber der Lieferung war nach Angaben von Abhisit noch unbekannt. Colombo war nach seinen Angaben der nächste geplante Tankstopp. Ob die Maschine von dort aus weiterfliegen sollte, war unklar. Denkbar sei auch, dass die Waffen per Schiff zu ihrem endgültigen Ziel gebracht werden sollten. Es gebe mehrere mögliche Ziele im Nahen Osten oder in Südasiens, hieß es in Bangkok.

Die Waffen wurden zum Luftwaffenstützpunkt Takhli, Provinz Nakhon Sawan, gebracht. Thailand will die Vereinten Nationen und die betroffenen Länder informieren. dpa/afp

AUSLAND KOMPAKT

Chrobog vermittelt im Jemen

Bewegung im Entführungsfall

BERLIN. In den Fall der seit Juni im Jemen entführten Deutschen kommt Bewegung: Der ehemalige Staatssekretär im Auswärtigen Amt Jürgen Chrobog befindet sich zur Vermittlung im Jemen, wie eine Sprecherin des Außenministeriums bestätigte. „Die Reise ist Teil der intensiven Bemühungen des Krisenstabes, eine Lösung des Falls zu erreichen“, sagte sie. Der ehemalige Diplomat Chrobog war 2005 selbst mit Frau und Söhnen während eines Urlaubs im Jemen entführt worden.

Abgeordnete für Finanz-Reform

US-Gesetz soll Märkte regulieren

WASHINGTON. Gegen die Stimmen der Republikaner hat das US-Abgeordnetenhaus für umfassende Maßnahmen votiert, die helfen sollen, weitere Finanzkrisen zu verhindern. Die Reform sei die größte auf diesem Sektor seit der Weltwirtschaftskrise in den 1930er Jahren, so US-Präsident Barack Obama. „Sie wird klare Regeln festschreiben, für die lückenhafte und systematische Einhaltung dieser Regeln sorgen und ein stärkeres, stabileres Finanzsystem mit einem besseren Schutz für Verbraucher wie Investoren kreieren“, sagte Obama.

Lesbe wird Bürgermeisterin

Houston stimmt für Annis Parker

WASHINGTON. Houston, viertgrößte Stadt in den USA, hat eine lesbische Bürgermeisterin gewählt. „Diese Wahl hat die Welt für Lesben, Schwule und Bisexuelle verändert“, sagte die 53-jährige Annis Parker. Zugleich meinte sie, ihr Sieg werde „das Leben aller Bürger Houstons zum Besseren wenden“. Nach Angaben von US-Medien ist Parker die erste offene Homosexuelle an der Spitze einer US-Metropole.

Millionär liegt in Chile vorn

Stichwahl bei Präsidentenwahl

SANTIAGO. Der konservative Millionär Sebastián Piñera hat bei der Präsidentenwahl gestern in Chile die meisten Stimmen erhalten, muss aber in die Stichwahl. Für den 60-

FDP wehrt sich gegen Millionenstrafe

DÜSSELDORF. Die FDP in Nordrhein-Westfalen will sich gegen Strafzahlungen in Millionenhöhe wegen der Möllemann-Spendenaffäre zur Wehr setzen. Eine Sprecherin der NRW-FDP erklärte, die Landespartei habe FDP-Bundesschatzmeister Hermann Otto Solms einstimmig beauftragt, Rechtsmittel einzulegen.

Das Berliner Verwaltungsgericht hatte am Dienstag Sanktionen der Bundestagsverwaltung in Höhe von 3,5 Millionen Euro bestätigt. Hintergrund ist eine Spendenaffäre unter Verantwortung des Landesvorsitzenden Jürgen Möllemann, der 2003 ums Leben gekommen war.

Die FDP fühlt sich im Vergleich zu anderen Parteien zu hart bestraft. Welcher

Rechtsweg beschritten werde, sei noch nicht entschieden. Die Strafe falle auch angesichts der geleisteten Aufklärungsarbeit zu hoch aus. Sobald das schriftliche Urteil geprüft sei, soll beim Oberverwaltungsgericht in Berlin Berufung eingelegt werden, sagte FDP-Sprecherin Kathrin Klawitter. Zweite Möglichkeit sei die in diesem Fall ausdrücklich zugelassene Sprungrevision beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig. Dazu sei allerdings die Zustimmung der Bundestagsverwaltung nötig.

Klawitter sagte, 873 500 Euro habe die FDP bereits beim Bundestag als Strafzahlung hinterlegt. „Wir wissen, dass es damals strafwürdiges Verhalten gab.“ Das

Berliner Gericht sah es als erwiesen an, dass Möllemann seinem Landesverband zwischen 1996 und 2002 Barspenden in Millionenhöhe rechtswidrig zukommen lassen hatte.

Unterdessen hat die Bundes-FDP Medienberichten zufolge einen neuen Generalsekretär gefunden. Laut „Rheinischer Post“ soll der 30-jährige Bundestagsabgeordnete Christian Lindner Nachfolger von Dirk Niebel werden, der Bundesentwicklungsminister geworden ist. Parteichef Guido Westerwelle will heute im Parteivorstand seinen Personalvorschlag für das Amt des Generalsekretärs unterbreiten. Lindner ist bisher Generalsekretär der FDP in Nordrhein-Westfalen. dpa/ap

Russen dürfen im Irak riesiges Ölfeld ausbeuten

BAGDAD. Der russische Energiekonzern Lukoil und die norwegische Firma Statoil haben sich als Konsortium die Lizenz für eines der größten Ölfelder im Irak gesichert.

Nach Angaben aus dem Ölministerium in Bagdad erhielten die beiden Unternehmen den Zuschlag für West-Kurna 2 im Süden des Landes. Das Ölfeld hat eine geschätzte Förderkapazität von bis zu 1,8 Millionen Barrel (ein Barrel sind 159 Liter)

pro Tag. Insgesamt vermuten Experten dort bis zu sechs Milliarden Barrel. Gefördert werden sollen auch 56,4 Milliarden Kubikmeter Gas.

Moskau hatte als größter Gläubiger Bagdad zuletzt Schulden von zwölf Milliarden US-Dollar (8,2 Milliarden Euro) erlassen. Die Führungen beider Länder hatten erklärt, sie wollten wieder zu engen Beziehungen wie zu Sowjetzeiten zurückkehren. dpa

Gipfel-Endspurt in Kopenhagen

Merkel fordert Anstrengungen von Schwellenländern. Hauptstreitpunkt bleiben Finanzhilfen.



Klimaschutz darf keine Arbeitsplätze kosten, warnt Bundeskanzlerin Angela Merkel vor ihrem Auftritt beim Klimagipfel in Kopenhagen.

KOPENHAGEN. Zur Halbzeit des Gipfels haben sich die Umweltminister gestern um eine Annäherung bei den umstrittenen Schlüsselfragen bemüht. Im Vordergrund stand dabei weiter die Lastenverteilung zwischen Industriestaaten und Schwellenländern bei der Reduzierung der klimaschädlichen Treibhausgase.

Bundeskanzlerin Angela Merkel lehnte in einem Interview weitere europäische Vorleistungen ab. Es dürfe nicht zugelassen werden, dass Deutschland und die anderen europäischen Industriestaaten beim Klimaschutz weit voran-

gingen, andere Länder jedoch nichts täten und dann Arbeitsplätze abwerben wollten, sagte sie mit Blick auf die Schwellenländer. Gleichzeitig sprach sich die CDU-Chefin für eine globale Steuerung und Kontrolle des CO₂-Ausstoßes aus. „Es wäre wünschenswert, dass wir in Zukunft CO₂-Zertifikate weltweit handeln und international überwachen, so dass wir CO₂ dort einsparen, wo dies am billigsten und einfachsten geht“, sagte Merkel der „Bild am Sonntag“.

Die Kanzlerin, die am Donnerstag zum Ende des Gipfels nach Kopenhagen reisen will, zeigte sich aber vorsichtig optimistisch, dass sich die 192 Teilnehmerstaaten auf ein Nachfolgeabkommen für das Kyoto-Protokoll einigen würden.

Gestern kamen in Kopenhagen 48 Umweltminister zusam-

men, darunter auch der deutsche Norbert Röttgen (CDU). Die gastgebende dänische Umweltministerin Connie Hedegaard erklärte vor dem informellen Treffen: „Es gibt weiterhin viele ungelöste Probleme. Aber mit der Ankunft der Minister kommt auch der politische Wille.“ Zur Halbzeit

machte der Chef des UN-Klimasekretariats, Ivo de Boer, die bestehenden Hürden noch einmal deutlich: „China fordert weitere Anstrengungen von den USA. Die USA fordern mehr Zugeständnisse von China. Ich hoffe, dass in den kommenden Tagen alle von allen mehr fordern werden.“

Einer der Hauptstreitpunkte bei dem Treffen bleibt die Hilfe der Industriestaaten für die Entwicklungsländer, die am meisten unter den Folgen des Klimawandels zu leiden haben, obwohl sie am wenigsten dazu beigetragen haben. Die Europäische Union hatte sich am Freitag darauf verständigt, Kli-

maschutzprojekte in Entwicklungsländern mit jährlich 2,4 Milliarden Euro zu unterstützen. Deutschland will dafür jeweils 420 Millionen Euro aufwenden.

Nach einem Szenario von UN-Experten müssen die reichen Nationen ihren CO₂-Ausstoß bis 2020 um 25 bis 40 Prozent unter das Niveau von 1990 drücken, wenn die schlimmsten Folgen des Klimawandels verhindert werden sollen. Deren bisherige Angebote liegen bei einer Reduzierung zwischen 14 bis 18 Prozent. Für weitergehende Schritte fordern sie einen Beitrag der aufstrebenden Entwicklungsländer wie China und Indien, die längst zu großen Kohlendioxid-Emittenten geworden sind. Diese begründen ihren steigenden Energiebedarf mit wirtschaftlichem Nachholbedarf.



PROTEST AUCH IN BERLIN: Vor dem Brandenburger Tor haben sich Aktivisten als CO₂-Moleküle verkleidet. Foto: ddp

Tausend Festnahmen bei Demonstrationen

KOPENHAGEN. In der dänischen Hauptstadt kam es am Wochenende am Rande von Demonstrationen zu Ausschreitungen. Die Polizei nahm mehr als tausend Menschen fest.

Die Hauptdemonstration in Kopenhagen verlief größtenteils friedlich. Demonstranten hielten Banner mit der Aufschrift „Ändert die Politik und nicht das Klima“ hoch. Nach Angaben der Organisatoren beteiligten sich 100 000 an der Großdemo; die Polizei sprach von 30 000 Demonstranten.

Am Rande der Proteste wurden knapp tausend Menschen festgenommen, darunter 400 Mitglieder des gewaltbereiten Schwarzen Blocks. Fast alle Festgenommenen kamen in der Nacht wieder frei. Eine Demonstration, bei der etliche

Teilnehmer antikapitalistische Parolen skandierten, wurde aufgelöst.

Während die Polizei ihr Vorgehen verteidigte, warfen die Organisatoren den Beamten Willkür vor. Die Sicherheitskräfte hätten wahllos Demonstranten festgenommen und deren Menschenrechte verletzt, erklärte das Aktionsbündnis Climate Justice Action. Als „vollkommen überzogen“ kritisierte das Anti-Globalisierungsnetzwerk Attac das Vorgehen.

Auch in anderen Städten kam es zu Protestaktionen: In Berlin demonstrierten rund hundert Menschen mit einer Lichterkette vor dem Brandenburger Tor für ein gerechtes und verbindliches Abkommen in Kopenhagen. In Washington gingen zehntausende Menschen auf die Straße. afp



ZU WARM: Ein als Santa Claus verkleideter Demonstrant warnt, dass es seinem Rentier Rudolph bald zu warm wird, wenn es in Kopenhagen kein vernünftiges Klimaabkommen gibt. Foto: dpa



GRÜNE AKTIVISTEN: Christian Kindler (rechts) und Claudia Roth (Zweite von links) in Kopenhagen.

Grüne aus Hannover in Kopenhagen

KOPENHAGEN/HANNOVER. Gegen drei Uhr früh sind am Sonntagabend auch rund 100 Klimaaktivisten aus Hannover, verteilt auf zwei Busse, in die dänische Hauptstadt gefahren, um dort an der Großdemonstration für mehr Klimagerechtigkeit und ein faires Klimaabkommen teilzunehmen.

Der hannoversche Bundestagsabgeordnete Sven-Christian Kindler hatte gemeinsam mit dem grünen Europaabgeordneten Jan Philipp Albrecht und dem grünen Regionsverband in Hannover die Fahrt organisiert. „Es war eine sehr bunte, sehr kreative Demonstration. Gemeinsam mit 100 000 Menschen haben wir klar gemacht, dass wir keine weiteren Kompromisse mehr akzeptieren. Die Natur macht auch keine Kompromisse“, so Kindler nach der Demonstration.